

Zusammenfassung und Bewertung der Antworten zu unseren Wahlprüfsteinen

Am 25. Mai 2014 ist Europawahl, deshalb hatten wir rechtzeitig vor der Wahl am 27. März die Kandidaten der bereits im EU-Parlament vertretenen Parteien angefragt, wie sie zu diversen Themen in den Bereichen Datenschutz, Überwachung, biometrische Erfassung und Informationsfreiheit stehen.

Die CSU und die Linke haben kurz darauf geantwortet, nun haben wir auch Antworten von Bündnis90/Die Grünen, CDU, FDP erhalten. Bis heute haben wir leider keine Antwort von der SPD erhalten.

Anonymisierung

Es hat uns erfreut, dass sich alle Befragten für die rechtliche Festschreibung, Erhaltung und Erweiterung einer anonymisierten Internetnutzung ausgesprochen haben.

- Wir erwarten nun Initiativen und die Förderung von Forschungsvorhaben in diese Richtung.

Smart-Meter, Telematiksysteme, Vorratsdatenspeicherung

Alle Befragten lehnen eine **verpflichtende** Einführung von Smart-Meter in privaten Haushalten ab. Während die Grünen bereits gegen ein verpflichtendes eCall PKW-Telematiksystem gestimmt haben, sehen sie alle mit geeigneten Datenschutz-Maßnahmen, die jede Partei anders gestalten würde, die Möglichkeit eines datenschutzgemäßen Einbaus (z.B. Netzverbindung erst im Notfall, keine Speicherung von Daten).

- Wir sind gegen jegliche verpflichtende Einführung solcher Systeme. Verbraucher müssen selbst entscheiden können, ob und wie sie Daten erfassen und übermitteln lassen möchten. Hinzu kommt, dass das System ohne eine Art von Vorratsdatenspeicherung nicht umsetzbar ist. Die Lobby von Versicherern und Kfz-Herstellern darf nicht über Verbraucherrechten stehen.

Bezüglich der **Vorratsdatenspeicherung** haben sich alle, bis auf die CDU/CSU-Fraktionen gegen ein weiteres solches Vorhaben ausgesprochen. Nur die CDU/CSU-Fraktionen wollen weiterhin an einer veränderten Vorratsdatenspeicherung-Richtlinie arbeiten.

- Wir sehen das Unternehmen Vorratsdatenspeicherung (VDS) als gescheitert an (bestätigt durch die Urteile von BVerfG und EuGH). Wie Statistiken belegen, hat sich gezeigt, dass die VDS nicht zur Prävention und Aufklärung von Kriminalität beigetragen hat. Daher muss für den Schutz unserer Grundrechte darauf verzichtet werden.

EU Datenschutzverordnung, Abkommen mit dem Ausland

Alle Befragten haben der Verabschiedung einer **europäischen Datenschutzverordnung** zugestimmt mit dem „Recht auf Vergessen“ sowie der im derzeitigen Entwurf enthaltenen expliziten Einwilligung Betroffener zur Datenverarbeitung (Opt-In).

Beim Schutz der Daten vor **ausländischen Zugriffen** haben sich Bündnis90/Grüne, Die Linke und FDP gegen das SWIFT-Abkommen, das PNR-Abkommen und weitere Abkommen zur Passargierdatenspeicherung ausgesprochen. Allein die CDU/CSU-Fraktionen befürworten die oben genannten, bestehenden Abkommen beizubehalten und stellen die Verhandlung ähnlicher neuer Abkommen in den Raum.

Das zentrale Safe-Harbour-Abkommen soll nach Meinung Bündnis90/Grüne, CDU/CSU-Fraktionen und der Linksfraktion neu verhandelt werden, Bündnis90/Grüne und die Linke fordern die Kündigung. Die FDP fordert die Aussetzung des Abkommens, da die Grundlage durch das EuGH-Urteil zur Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gegeben wäre. Die Linke und FDP fordern des Weiteren ein neues Datenschutzabkommen mit den USA und wollen die Verhandlungen mit dem Freihandelsabkommen TTIP verbinden.

- Die Snowden-Enthüllungen haben bewiesen, dass sich die Partner nicht an das Safe-Harbour-Abkommen gehalten haben. Ein neues Safe-Harbour-Abkommen muss in der gegenwärtigen Lage (Spionage) unsere Grundrechte bewahren und eine besondere Beachtung dem Verbot des Datenhandel widmen.

EU-Forschungsvorhaben

EU- und Deutschland-weite **Forschungsvorhaben** (wie INDECT, ACTIBIO, ENLET etc.) zu einer allumfassenden digitalen und realen Überwachung der Bevölkerung sehen Bündnis90/Grüne, die Linke sowie FDP als

<p>Aktion Freiheit statt Angst e.V. Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: http://www.aktion-freiheitstattangst.org</p>	<p>Spendenkonto Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS</p>	<p>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder) Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)</p>
<p>Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg</p>	<p>Registernummer: VR 28834 B</p>	<p>Steuernummer: 27/659/52868</p>

eine falsche und grundrechtswidrige Ausrichtung und fordern eine Änderung. Einzig die CDU/CSU-Fraktionen glauben weiter an eine Vereinbarkeit der Grundrechte mit einer solchen Massenüberwachungsforschung und lehnen damit eine eigene umfassende Verantwortung zum Einsatz der Forschungsergebnisse ab.

- Wir sehen grundsätzlich keine Vereinbarkeit von Grundrechten mit Massenüberwachung. Daher lehnen wir Forschung in diesem Bereich gänzlich ab. Wir befürworten eine neue Ausrichtung der Forschungsförderung. Wir fordern von Politik und Justiz den aktiven Schutz der europäischen Bevölkerung vor solchen Überwachungsmaßnahmen. Die Investitionen in eine solche Forschung sehen wir deshalb als ethisch nicht vertretbar an. Die Ergebnisse solcher Forschungsvorhaben sind aufgrund derzeitiger Gesetze EU-weit kaum einsetzbar, einen Export der Ergebnisse, staatlich geförderter Forschung durch Privatunternehmen lehnen wir ebenfalls ab.

Biometrische Vermessung

Bündnis90/Grüne, die Linke und FDP sprechen sich gegen eine verpflichtende Körpervermessung zur Digitalisierung des eigenen Körpers (**Biometrie**) aus, wie sie derzeit für biometrischen Pässe gefordert wird. Bündnis90/Grüne und die Linke lehnen auch das Entry-Exit System für „Vielreisende“ ab.

Ohne medizinische Notwendigkeit sollte jeder Mensch selbst entscheiden, ob er biometrisch erfasst werden will oder nicht. Anders sehen es die CDU/CSU-Fraktionen, die die Fingerabdrücke und Gesichtsbildvermessung als weiterhin zumutbar betrachten und auf eine Freiwilligkeit hier weiterhin verzichtet. Zusammen mit der FDP sprechen sie sich für das Entry-Exit System aus und sehen die derzeitigen Verschlüsselungssysteme als ausreichend, um Identitätsdiebstahl vorzubeugen.

- Grundsätzlich sehen wir große ethische Bedenken in der verpflichtenden, medizinisch nicht-notwendigen Körpervermessung (Biometrie) zur Erstellung einer digitalisierten Identität und zur Authentifizierung und lehnen diese vehement ab. Eine solche „Zwangsdigitalisierung“ jedes Menschen entgegen seinem Willen zum einen und als Voraussetzung einer Ausreise zum zweiten ist ethisch untragbar und verstößt gegen Grundrechte. Eine zwingende digitale Identität für jeden Menschen sehen wir nicht als notwendig an und lehnen diese ab.

- Des Weiteren gibt es keine absolute Verschlüsselungsmechanismen. Das Auslesen von Daten aus RFID-Chipkarten kann unbemerkt vom Verbraucher stattfinden, wird zu spät oder gar nicht bemerkt und damit kaum angezeigt. Damit ist eine strafrechtliche Verfolgung kaum möglich. Zu dem gilt im Schadensfall eine umgekehrte Beweislast. Die Speicherung von digitalen Identitäten/personenbezogenen Daten auf RFID-Chipkarten sehen wir daher als für den Verbraucher gefährlich an und lehnen diese ab.

Netzneutralität, Deep Packet Inspection und freie Software

Alle Befragten äußerten sich für eine gesetzliche Festschreibung der **Netzneutralität** und wollen diese durch verschiedenen Maßnahmen und unterschiedlicher Themenbreite ermöglichen.

Bezüglich des **Deep Packet Inspection** (DPI) haben sich alle Befragten ablehnend geäußert und fordern gesetzliche Verbote. Da technisch ein totaler Schutz vor Ausspähung nicht möglich ist, werden neue Verschlüsselungsmethoden und mehr Verantwortung seitens der Verbraucher und von Firmen gefordert.

Richtlinien zum Schutz von Whistleblowern werden seitens Bündnis90/Grüne, die Linke und FDP befürwortet und nur seitens der CDU/CSU-Fraktionen abgelehnt. Ebenso verhält es sich mit der Zustimmung zum Asylangebot für Edward Snowden.

Alle Befragten haben sich dafür ausgesprochen sich zukünftig für die Nutzung und Verbreitung von freier Software (**Open Source** Software) einzusetzen und für den Einsatz dieser in öffentliche Einrichtungen und Projekte, die öffentliche Fördergelder aus dem EU-Haushalt erhalten.

- Wir erwarten, dass diesen Aussagen auch Taten folgen und es zu einer verstärkten Förderung für Open Source Projekte in Europa kommt.

Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Berlin, 18.05.14

Seite: 2 / 2

<p>Aktion Freiheit statt Angst e.V. Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: http://www.aktion-freiheitstattangst.org</p>	<p>Spendenkonto Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS</p>	<p>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder) Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)</p>
<p>Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg</p>	<p>Registernummer: VR 28834 B</p>	<p>Steuernummer: 27/659/52868</p>